



Institute for the Documentation of
Human Rights Violations against
Religious Minorities in the Levant

WHERE SILENCE ENDS AND JUSTICE BEGINS

Ein Syrien für alle?

Wiederherstellung von Pluralismus und Gerechtigkeit nach al-Sharaa

Dr. Jens Kreinath

Gründer und Direktor, IDHRV-ARMIL

Veranstaltet von der Intergruppe zu „Christen im Nahen Osten“

Europäisches Parlament
Weiss Saal R5.1 | Straßburg

Donnerstag, 09. Oktober 2025
10:00 – 11:30 Uhr

Sehr geehrte Mitglieder des Parlaments, geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

Ich bin Direktor des *Instituts zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten in der Levante (IDHRV-ARMIL)*. Ich werde im Namen der Opfer und Überlebenden sowie der Dokumentationsteams und Menschenrechtsaktivisten sprechen, die Zeugen der traumatischen Gräueltaten geworden sind, die Mitgliedern indigener religiöser Minderheiten in Syrien widerfahren sind, darunter Alawiten, Christen, Drusen, Ismaeliten, Murshiden und Jesiden. Als Direktor der Organisation IDHRV-ARMIL werde ich in ihrem Namen sprechen und sicherstellen, dass ihre Erfahrungen und Perspektiven mit Genauigkeit, Würde und Respekt dargestellt werden.

Die Frage, die mir für heute gestellt wurde, ist keine rhetorische, sondern eine existenzielle: Ein Syrien für alle? Oder anders ausgedrückt: Hat Syrien eine Zukunft für alle seine Bürger? Angesichts des Aufstiegs von Präsident Ahmad al-Sharaa, auch bekannt unter seinem Kampfnamen al-Jolani, müssen wir uns fragen, ob Syrien in der Lage sein wird, die Menschenwürde, die ethnische und religiöse Vielfalt und die grundlegenden Menschenrechte aller seiner Bürger zu wahren – oder ob es zulassen wird, dass sein reichhaltiges soziales Gefüge durch eine Politik der Ausgrenzung und Unterdrückung umgestaltet wird, die zur Auslöschung ganzer Gemeinschaften und zur Vernichtung einer ganzen Kultur und Lebensweise führt.

Nach dem politischen Wandel in Syrien wurde das Versprechen einer Erneuerung von einer sich verschärfenden Krise der Menschlichkeit und Würde überschattet. Die Regierung al-Sharaa, die von einigen als Bruch mit dem dynastischen Autoritarismus gepriesen wurde, hat ein System der Ausgrenzung, Enteignung und Gewalt geschaffen, das dringend einer internationalen Überprüfung bedarf.

Viele Beobachter glauben, dass die hastig durchgeführten Wahlen nichts weiter als eine Farce waren. Laut al-Sharaa selbst ist es nach dem Krieg noch zu früh, um freie und direkte Wahlen abzuhalten. Wahrscheinlich war dies ein Mittel, um die kurdischen Regionen und die Provinz Suweida auszuschließen. Es gibt also keine Garantie dafür, dass die neue Verfassung oder Regierung – selbst in einem Bruchteil der Vertretung – die gelebte, aber fragmentierte Realität der ethnisch vielfältigen Bevölkerung Syriens widerspiegeln würde. Dennoch sind alle Syrer auf ihre Weise Überlebende von Folter, Vertreibung, Belagerung und Unterdrückung. Sie sind alle Opfer. Aber welche Zukunft erwartet diese Teile der syrischen Gesellschaft?

Jüngste politische Umwälzungen und Risiken für religiöse Minderheiten

Mit dem Sturz von Bashar al-Assad am 8. Dezember 2024 übernahm die radikalislamistische Rebellengruppe Hayat Tahrir Al-Sham (HTS) die Macht, mit Ahmad al-Sharaa als neuem Führer Syriens. Meine Recherchen und die verfügbaren Daten zeigen, dass Alawiten und Christen

offenbar bereit waren, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Sie legten ihre Waffen nieder und signalisierten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern.

Wie sich jedoch herausstellte, wurden sie zu leichten und wehrlosen Opfern und waren schockiert und überrascht von dem, was ihnen anschließend widerfuhr. Dies war ein vollständiger und unwiderruflicher Vertrauensbruch, auf den die Übergangsregierung nur mit halbherzigen – wenn nicht gar zynischen und höchst fragwürdigen – Kommentaren reagierte. Seit dem Zusammenbruch des Assad-Regimes hat Syrien eine beunruhigende Eskalation identitätsbasierter Gewalt erlebt. Seit Anfang 2025 (erste Fälle gab es bereits Ende 2024) haben sich gezielte Angriffe auf alawitische, christliche und drusische Gemeinschaften verschärft, was eine gefährliche Wende im Verlauf des Konflikts darstellt. Nach den ersten groß angelegten und sorgfältig geplanten Massakern in den Küstengebieten ist die Lage für religiöse Minderheiten, die Teil der kulturellen und ethnischen Landschaft Syriens sind, prekär geworden und bleibt auch heute noch äußerst alarmierend. Neben diesen Gefahren sind die Mitglieder dieser Gemeinschaften ständig der Gefahr von Mord, Vergewaltigung und Entführung ausgesetzt.

Die Regierung Syriens basiert nun auf einer radikalen Auslegung der Scharia und hat alle rechtlichen Schutzmaßnahmen für gefährdete Bevölkerungsgruppen aufgehoben, die dieser Vision und Auslegung des sunnitischen Islam nicht folgen und nun ständigen Bedrohungen durch alle Arten militanter Gruppierungen ausgesetzt sind. Alawiten und Drusen werden besonders ins Visier genommen, weil sie als Abtrünnige und Ketzer angesehen werden, die das Haus des Islam verlassen haben. Auch wenn Christen nicht so angesehen werden, gibt es Hinweise auf unerbittliche Versuche, sie zur Konversion zum Islam zu bewegen. Im Gegensatz zu Christen werden Alawiten und Drusen jedoch entmenslicht und eher wie Tiere behandelt. Die Leichen, die nach den Massakern in Latakia und Suweida zurückblieben, wurden nicht mit Würde behandelt. Sie wurden verstümmelt, verbrannt und im Freien liegen gelassen, wo sie verwesen und von Tieren gefressen wurden. In einigen Fällen wurde den Familienangehörigen nicht einmal erlaubt, ihre Toten zu begraben.

Bis heute hat die Übergangsregierung keine Anzeichen dafür gezeigt, dass sie die Verantwortung übernimmt oder diese Gräueltaten als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit ernst nimmt. Militante Gruppen wie die Sultan-Murad-Brigade und die Sultan-Suleiman-Shah-Brigade oder die SNA und HTS wurden nie für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen. Diese Vorfälle werden einfach als Racheakte gegen die sogenannten Überreste des Assad-Regimes oder gegen Terroristen abgetan, die Unabhängigkeit und Selbstverwaltung anstreben, anstatt die zentralistische Regierung bedingungslos zu unterstützen. Die mangelnde Rechenschaftspflicht des neuen Regimes und seine Missachtung grundlegender Rechtsstaatlichkeit haben bei den meisten Angehörigen religiöser Minderheiten Misstrauen gegenüber der Führung der Übergangsregierung und ihrer Art und Weise, mit dem dunklen Erbe des Assad-Regimes umzugehen, hervorgerufen. Diese Entwicklungen erfordern dringende Aufmerksamkeit. Sie spiegeln nicht nur einen Zusammenbruch des staatlichen Schutzes wider, sondern auch das

Entstehen neuer Machtkonstellationen, die ethnische und religiöse Spaltungen instrumentalisieren. Die Notwendigkeit ist klar: Es ist von entscheidender Bedeutung, Mechanismen der Rechenschaftspflicht zu unterstützen, den Schutz gefährdeter Gemeinschaften zu verstärken und sicherzustellen, dass das internationale Engagement nicht versehentlich Akteure legitimiert, die sich an diesen Missbräuchen mitschuldig machen.

Die Liste der Gräueltaten ist lang und sowohl hinsichtlich ihres Ausmaßes als auch ihrer psychologischen Tragweite zu umfangreich, um sie vollständig wiederzugeben. Ich werde daher drei entscheidende Wendepunkte in den jüngsten Entwicklungen in Syrien hervorheben, die besondere Aufmerksamkeit verdienen, basierend auf Interviews, die ich geführt habe, sowie auf Daten, die von Dokumentationsteams des IDHRV-ARMIL gesammelt und überprüft wurden.

Im Folgenden werde ich auf die drei bedeutendsten Massaker eingehen, die stattgefunden haben:

- Am 7. März begannen koordinierte Massaker gegen die überwiegend alawitische Zivilbevölkerung in den Küstenregionen, was auf eine gezielte Kampagne der religiösen Säuberung hindeutete.
- Am 22. Juni wurde die griechisch-orthodoxe Mar-Elias-Kirche in Damaskus Opfer eines Selbstmordanschlags, der die christliche Gemeinde erschütterte und die Verletzlichkeit religiöser Minderheiten in städtischen Zentren deutlich machte.
- Am 13. Juli begannen die drusischen und christlichen Gemeinschaften in Suweida eine anhaltende militärische Belagerung zu erleiden, wobei Berichten zufolge der Zugang zu humanitärer Hilfe eingeschränkt und Zwangsumsiedlungen durchgeführt wurden.

Die Massaker an Alawiten vom 7. März

Lassen Sie mich mit den Massakern an Alawiten vom 7. März beginnen. Unsere Daten deuten darauf hin, dass die Massaker von Gruppen inszeniert wurden, die dem neuen Regime loyal gegenüberstehen. Die verfügbaren Beweise aus den Küstenregionen Syriens – insbesondere aus ausführlichen Interviews mit Überlebenden der Massaker in Jableh, Latakia und Baniyas – deuten auf eine Reihe von gut koordinierten Massakern hin, die von Amshat und Hamzat, den ehemaligen Milizen der Syrischen Nationalarmee (SNA), sowie von ausländischen Kämpfern, die oft als Uiguren und Turkmenen identifiziert werden, durchgeführt wurden. Sie nutzten Geheimdienstinformationen und nahmen alawitische Gemeinschaften ins Visier, wobei sie mit klarer Absicht und operativer Präzision vorgingen.

Diese Gräueltaten waren nicht spontan, wie die Regierung behauptet, um sich der Verantwortung zu entziehen. Augenzeugenberichte und unabhängige Berichte weisen

übereinstimmend auf militante Fraktionen hin, die den Regierungstruppen loyal sind, als Hauptanstifter. Konvois von Pick-up-Trucks, von denen einige kilometerlang waren und mit massiven Luftabwehrsystemen ausgestattet waren, wurden beim Ein- und Ausfahren aus diesen Regionen beobachtet.

Unabhängige Berichte aus verschiedenen Regionen deuten ebenfalls darauf hin, dass die Konvois in streng strukturierte Einheiten mit jeweils zehn Militanten unter der Führung eines Emirs organisiert waren. Innerhalb dieser Einheiten wurden jeweils zwei Personen systematisch damit beauftragt, Durchsuchungs- und Tötungsaktionen in zivilen Haushalten durchzuführen. In den betroffenen Stadtvierteln wurden durchweg vier verschiedene Einsatzgruppen identifiziert:

- Allgemeine Sicherheitskräfte, deren Anwesenheit den Angriffen vorausging und diese erleichterte.
- Durchsuchungseinheiten, die in der Regel aus maskierten Männern mit langen Haaren und Bärten bestanden, die schwarz oder in Tarnkleidung gekleidet waren. Diese Einheiten führten invasive Durchsuchungen von Wohnungen durch und forderten Gegenstände wie Waffen und elektronische Geräte sowie Wertsachen wie Gold, Schmuck und Geld.
- Exekutionskommandos, deren Aufgabe es war, männliche Bewohner zu töten. Nachdem sie als Alawiten identifiziert worden waren, wurden die Opfer gewaltsam aus ihren Häusern entfernt und öffentlich – entweder auf der Straße oder auf Dächern – vor den Augen ihrer Familien hingerichtet.
- Plünderungs- und Brandstiftungsteams, die Geschäfte und Häuser ausraubten, bewegliche Güter mitnahmen und unbewegliches Eigentum zerstörten. Zu diesen Gruppen gehörten oft auch Frauen und Kinder, von denen viele als dunkelhäutige Personen identifiziert wurden, die seit Dezember 2024 in der Gegend aufgetaucht waren. Eine letzte Welle von Plünderern, hauptsächlich Beduinen aus der Nachbarschaft und den Regionen Homs und Hama, traf innerhalb weniger Stunden nach den Massakern ein und verschlimmerte die Verwüstung noch weiter.

Mitglieder der Weißhelme, die die Regierung unterstützen und mit den militanten Fraktionen zusammenarbeiten, beseitigten unmittelbar nach den Massakern Beweise in den am stärksten betroffenen Stadtvierteln. Obwohl es zwischen den Stadtvierteln taktische Unterschiede gab, blieb der operative Plan konsistent. Eine zentrale Frage war entscheidend für Diebstahl, Mord und Plünderung: Bist du Alawit oder Sunnit? Alle Familien wurden mit dieser einen Frage angesprochen. Währenddessen stach eine Standarderzählung hervor, die von den Tätern unabhängig vom Kontext immer wiederholt wurde, nämlich dass ihre Brüder von den Alawiten getötet worden seien und dass sie nun seit etwa vierzehn Jahren vertrieben seien. Eines der

auffälligsten Muster ist geografischer Natur: Alle Einheiten kamen aus Idlib und kehrten dorthin zurück, was auf eine zentralisierte Koordination und logistische Planung hindeutet.

Das Massaker vom 22. Juni in der Mar-Elias-Kirche, das darauf abzielte, Christen zu konvertieren

Der Angriff auf die griechisch-orthodoxe Mar-Elias-Kirche in Damaskus am 22. Juni – obwohl in seiner Ausführung einzigartig – folgt einem erkennbaren Muster gezielter Einschüchterung. Wochen vor dem Angriff waren direkt vor der Kirche Kontrollpunkte eingerichtet worden. Darüber hinaus wurden Autos mit Lautsprechern eingesetzt, um öffentlich Aufrufe an die christlichen Gemeinden im Damaszener Stadtteil Dweilaa zu senden, zum Islam zu konvertieren. Diese Sendungen fanden täglich statt, und trotz ihres provokativen Charakters ertrug die lokale christliche Gemeinde sie schweigend, um Konfrontationen zu vermeiden.

Die Situation eskalierte jedoch während einer Trauerprozession, als die Trauernden aus Respekt vor ihrer Trauer darum baten, die Übertragungen einzustellen. Diese Interaktion führte zu einem Streit mit einer Person, die den Lautsprecher bediente. Es wurde eine formelle Beschwerde bei den allgemeinen Sicherheitskräften eingereicht, was zu einer kurzen Inhaftierung der Person führte. Dennoch wurde sie kurz darauf wieder freigelassen und verbreitete anschließend ein Video, indem sie die griechisch-orthodoxe christliche Gemeinde der Belästigung und Einschüchterung bezichtigte.

Trotz der erhöhten Spannungen und der Anwesenheit von Sicherheitskräften direkt vor der Kirche gab es keine direkten Anzeichen für einen bevorstehenden Angriff. Das Fehlen von Präventivmaßnahmen in Verbindung mit den zuvor ungebremsten Provokationen wirft Fragen hinsichtlich der institutionellen Komplizenschaft und des Versagens staatlicher Mechanismen zum Schutz gefährdeter Gemeinschaften auf. Unabhängigen Augenzeugenberichten zufolge – die jedoch nicht alle vollständig übereinstimmen und noch nicht unabhängig überprüft wurden – geben die Umstände des Angriffs auf die Mar-Elias-Kirche am 22. Juni Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Sicherheitsüberwachung und der institutionellen Komplizenschaft.

Vor dem Anschlag war die Umgebung der Kirche durch drei Kontrollpunkte abgesperrt worden, wodurch der Verkehr und die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt waren. Diese verschärften Sicherheitsvorkehrungen werfen die offensichtliche Frage auf, wie der Täter – voll ausgerüstet und bewaffnet – alle Barrieren ungehindert passieren konnte. Als er das Kirchengelände betrat, eröffnete er das Feuer auf Mitglieder der christlichen Gemeinde, die sich draußen zu einer Abendzeremonie der Göttlichen Liturgie versammelt hatten, und tötete mehrere von ihnen. Anschließend drang er gewaltsam in die Kirche ein, wo er den Priester und andere Gemeindemitglieder ins Visier nahm, bevor er versuchte, seinen Sprengstoffgürtel zu zünden. In einem letzten Akt des Widerstands stürzten sich drei Männer aus der Gemeinde auf den Angreifer und schafften es, ihn zum Eingang der Kirche zu zerren. Dort zündete er den

Sprengsatz, was möglicherweise der Grund dafür ist, dass fast alle Gemeindemitglieder, die sich in der Kirche befanden, noch am Leben sind.

Einer der beunruhigendsten Aspekte des Anschlags auf die Mar-Elias-Kirche am 22. Juni – der von zwei unabhängigen Quellen bestätigt wurde – ist der vollständige Zusammenbruch der Notfallmaßnahmen unmittelbar nach der Tat. Berichten zufolge funktionierten nach der Explosion etwa 45 Minuten lang alle Telefonleitungen in der Umgebung der Kirche nicht, sodass die Überlebenden keine Hilfe rufen konnten. In dieser kritischen Zeit traf kein einziger Krankenwagen ein. In ihrer Verzweiflung versuchten Opfer und Zeugen, vorbeifahrende Fahrzeuge anzuhalten, um die Verletzten ins nächste Krankenhaus zu bringen. Ein Augenzeuge berichtete, dass er wenige Minuten nach dem Massaker beim Einsteigen in ein Zivilfahrzeug sieben Beamte der allgemeinen Sicherheitskräfte auf der anderen Straßenseite stehen sah. Einer von ihnen schien zu rauchen, und trotz des Ausmaßes des Anschlags zeigte keiner von ihnen Anzeichen von Dringlichkeit oder Besorgnis.

Als endlich ein Krankenwagen eintraf – fast eine Stunde nach dem Angriff –, waren alle Opfer bereits mit improvisierten Mitteln, mithilfe vorbeifahrender Fahrzeuge und der Unterstützung der Gemeinde, in medizinische Einrichtungen gebracht worden. Obwohl dies nicht bestätigt wurde, deutet ein Bericht darauf hin, dass die Ankunft des Krankenwagens mit dem Eintreffen von Reinigungsteams der Regierung zusammenfiel. Diese Teams, die von allgemeinen Sicherheitskräften unterstützt wurden, konzentrierten sich darauf, die vorhandenen Beweise zu beseitigen, anstatt sie zu untersuchen, und das Kirchengelände zu säubern. Die Wahrnehmung der Sicherheitskräfte durch die Öffentlichkeit ist widersprüchlich und bleibt uneinheitlich. Die Identität des Täters wurde jedoch von den Sicherheitskräften nie bekannt gegeben.

Dieser Vorfall, der sich in einem streng kontrollierten Gebiet und in Anwesenheit staatlicher Sicherheitskräfte ereignete, erfordert dringende Aufmerksamkeit. Die Tatsache, dass ein schwer bewaffneter Angreifer mehrere Kontrollpunkte passieren und einen solchen Angriff durchführen konnte, deutet entweder auf ein katastrophales Versagen der Sicherheitsprotokolle oder auf ein noch beunruhigenderes Muster selektiver Strafverfolgung und institutioneller Nachlässigkeit hin. Wenn niemand zur Rechenschaft gezogen wird, werden Verbrechen gegen Minderheiten als akzeptabel behandelt. Daher fühlen sich religiöse Minderheiten schutzlos und machtlos, was den Kreislauf der zu erwartenden Übergriffe noch verstärkt.

Die Belagerung von Suweida gegen die drusischen und christlichen Gemeinschaften

Die Provinz Suweida liegt im Süden Syriens an der Grenze zu Jordanien und gilt als Heimat der drusischen Gemeinschaft. Dort leben schätzungsweise 24.000 Christen, die historisch gesehen mit der drusischen Mehrheit in einem Kontext relativer interkommunaler Stabilität koexistiert haben. Die jüngsten Angriffe im Juli 2025 haben diese fragile Koexistenz jedoch gestört und zu

erheblichen Schäden für christliche Zivilisten sowie zur Zerstörung religiöser und kultureller Güter geführt.

Es ist wichtig zu erkennen, dass der Angriff auf Suweida im Juli seit Monaten vorbereitet worden war und Teil einer umfassenderen Strategie zur Unterwerfung der Drusen und anderer widerständiger Minderheiten war. Die zehntägige Belagerung vom 30. April bis zum 10. Mai wirkte wie ein Probelauf für das, was danach folgte. Wie in den Küstengebieten wurde der Hauptangriff durch eine Provokation und die Entführung eines Drusen durch bewaffnete Beduinen nur wenige Tage vor der militärischen Hauptoperation und der Belagerung von Suweida ausgelöst.

Die syrische Übergangsregierung kündigte zunächst an, Sicherheitskräfte in die Provinz Suweida zu entsenden, um die Gewalt einzudämmen. Doch anstatt die Zivilbevölkerung zu schützen, stellten sich diese Kräfte – die aus dem Innen- und Verteidigungsministerium stammten – auf die Seite der Beduinenclans und extremistischen Gruppen. Ab dem frühen Morgen des 14. Juli wurde Suweida, eine Stadt mit überwiegend drusischer Bevölkerung, von Truppen überfallen, was zu einer gezielten Kampagne religionsbasierter Gewalt gegen drusische und christliche Gemeinschaften führte.

Obwohl Beamte die Ereignisse als Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Gruppen beschrieben, zeigen Berichte von Überlebenden und Videoaufnahmen, dass die Angriffe geplant waren und darauf abzielten, drusische Zivilisten zu vertreiben und zu eliminieren. Sicherheitskräfte des syrischen Verteidigungsministeriums führten wiederholt Razzien gegen drusische und christliche Gemeinschaften in dicht besiedelten Gebieten der Provinz Suweida durch. Diese Operationen umfassten gewaltsames Eindringen, den Einsatz schwerer Waffen sowie den Einsatz gepanzerter Einheiten in Wohngebieten. Augenzeugenberichte und geometrische Daten bestätigen, dass die Razzien auf Gebiete abzielten, in denen es keinen bewaffneten Widerstand, keine aktiven Kämpfe und keine militärische Präsenz gab.

Verifizierte Beweise – darunter Berichte von Überlebenden, Fotos und Feldberichte – zeigen ein klares Muster von Misshandlungen durch die Sicherheitskräfte und verbündete Gruppen während Operationen in der Provinz Suweida. Zivilisten waren körperlicher Gewalt, psychischen Schäden und Ausbeutung ausgesetzt. Verhaftungen, die hauptsächlich von den Sicherheitskräften durchgeführt wurden, erfolgten ohne Haftbefehl, rechtliche Kontrolle oder ordentliches Verfahren. Die Opfer waren Zivilisten, von denen viele aufgrund ihrer Religion oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft ins Visier genommen wurden. Die Sicherheitskräfte und verbündete Gruppen griffen gezielt Krankenhäuser und medizinische Zentren in der gesamten Provinz Suweida an.

Es handelte sich dabei nicht um vereinzelte Angriffe, sondern um Teil einer umfassenderen Strategie. Augenzeugenberichte belegen, dass diese Angriffe darauf abzielten, die Widerstandsfähigkeit der Zivilbevölkerung zu schwächen und den Zugang zu medizinischer Versorgung zu blockieren. Mehrere medizinische Einrichtungen wurden umzingelt, beschossen und ihrer Ausrüstung beraubt, wodurch sie unbrauchbar wurden und Patienten und Mitarbeiter in große Gefahr gerieten. Medizinische Fachkräfte in der Region berichten, dass während der Kampagne im Juli 2025 mindestens 115 drusische Frauen und Mädchen vergewaltigt wurden, von denen 79 nun schwanger sein sollen. Diese Zahlen basieren auf klinischen Beweisen, vertraulichen Aussagen von Überlebenden und Verletzungen, die mit sexuellen Übergriffen vereinbar sind. Drusische Zivilisten wurden aufgrund ihrer religiösen Identität gezielt angegriffen. Sie waren verbalen Beleidigungen, religionsbasierten Drohungen und Angriffen auf heilige Stätten ausgesetzt. Die Täter verwendeten entmenslichende Sprache über ihren Glauben und zeigten damit eine klare diskriminierende Absicht.

Laut einem Interview mit Pater Tony al Butrus von der katholischen Kirche Saint Philip in Shahba, das durch ein nachfolgendes offizielles Schreiben bestätigt wurde, wurden während der koordinierten Angriffe etwa 70 christliche Häuser in Brand gesteckt, geplündert oder auf andere Weise zerstört. Darüber hinaus wurden sechs Kirchen, darunter historische und aktive Gotteshäuser, gezielt angegriffen und in Brand gesetzt. Diese Angriffe waren kein Zufall, sondern spiegeln ein Muster religiös motivierter Gewalt und kultureller Auslöschung wider. Die gezielten Angriffe auf christliche Zivilisten und Gotteshäuser sowie die Angriffe auf drusische Gemeinden deuten auf eine umfassendere Kampagne von religionsbasierten Säuberungen hin.

Lassen Sie mich zusammenfassen, dass die vom IDHRV-ARMIL gesammelten und überprüften Beweise eindeutig übereinstimmende Muster der Absicht und der Anstiftung zur Gewalt vor den eigentlichen Massakern bestätigen. Außerdem scheinen die gesammelten Daten auf eine klare Zusammenarbeit der Täter hinzudeuten, die ohne die groß angelegte Koordination der Aktionen und Manöver von Milizen, Truppen und Sicherheitskräften unwahrscheinlich wäre, wenn man bedenkt, dass Panzer, Flugzeuge und Drohnen eingesetzt wurden, um wehrlose und flüchtende Zivilisten zu terrorisieren und sogar zu töten.

Die aktuelle Lage

Derzeit wiederholen sich ähnliche Muster bei den jüngsten Angriffen im kurdischen Viertel von Aleppo, in dem auch eine beträchtliche Anzahl von Alawiten und Christen lebt. Abgesehen von diesen Fällen werden strukturelle Muster der Unterdrückung und Ausbeutung anhand der von den Dokumentationsteams des IDHRV-ARMIL gesammelten Beweise deutlich. Diese sind folgende:

Bevölkerungsrückgang und Vertreibung

Die christliche Bevölkerung in Syrien ist aufgrund von Gewalt, Verfolgung und wirtschaftlicher Not von 1,5 Millionen im Jahr 2011 auf schätzungsweise 300.000 im Jahr 2024 dramatisch zurückgegangen. In Aleppo machen Christen heute weniger als 2% der Bevölkerung aus, gegenüber 12% vor dem Konflikt.

Rechtliche und soziale Herausforderungen

In rechtlichen Angelegenheiten besteht weiterhin systematische Diskriminierung, beispielsweise durch Erbschaftsbeschränkungen für Christen und das Verbot der Konversion vom Islam zum Christentum. Alawiten, Christen und Juden sind von Beschlagnahmungen ihres Eigentums betroffen.

Enteignung und ethnische Säuberung

Unter dem Vorwand unbezahlter Kredite und religiöser Besteuerung wurden Grundstücke und Häuser beschlagnahmt. Ganze Stadtteile in und um Latakia wurden ethnisch gesäubert, wie beispielsweise der Stadtteil al-Qusour in Baniyas, wo Christen in dieser Region nicht gezielt angegriffen wurden. In Hama und Homs sind christliche Gemeinschaften mit Vertreibung, offenen Aufrufen zur Konversion und Anstiftung zu Gewalt konfrontiert. Die Mitschuld der Regierung an diesen Gräueltaten ist keine Spekulation, sondern ist dokumentiert.

Zerstörung von Umwelt und Kultur

Wälder und Ackerland wurden absichtlich in Brand gesetzt, ohne dass die Regierung Hilfe bei der Löschung der Brände leistete. Diese ökologische Sabotage geht einher mit einer kulturellen und religiösen Revolution, die darauf abzielt, die indigene Tradition in Syrien auszulöschen. Was bleibt, ist eine spirituell, sozial und in vielen Fällen auch physisch ausgehöhlte Landschaft.

Sozialtechnik und religionsbasierte Neuordnung

Die Neugestaltung von Idlib als wirtschaftliches und strategisches Zentrum Syriens – aufgrund seiner Nähe zur Türkei – hat eine neue Form der Sozialtechnik ermöglicht. Eigentumsübertragungen, Religionssteuern und gerichtliche Ausschlüsse haben die religionsbasierte Hierarchie institutionalisiert. Alawiten wird die Rechtsfähigkeit verweigert, sie gelten aufgrund ihrer Verbindung zum früheren Regime als schuldig.

Geschlechtsspezifische Gewalt und Verschweigen

Die Entführung von Frauen, oft unter dem Vorwand von Sicherheitsoperationen, spiegelt eine geschlechtsspezifische Dimension der Unterdrückung wider. Minderheiten werden zum Schweigen und zur Unterwerfung gezwungen; Zeugenaussagen sind fast unmöglich, da es sehr schwierig ist, solche traumatisierten Opfer zu einer Aussage zu bewegen. Beweise werden vernichtet. Jeder Versuch, sich zu äußern, wird von Todesdrohungen überschattet.

Keine ordnungsgemäßen Verfahren, keine öffentliche Sicherheit

Das Fehlen rechtlicher Garantien hat es Zehntausenden von Soldaten und bewaffneten Gruppen ermöglicht, ungestraft zu agieren. Emire und lokale Kriegsherren üben uneingeschränkte Macht aus, während loyale sunnitische Milizen ihre Waffen behalten und extreme Auslegungen der Scharia durchsetzen. Alawiten und Christen wurden entwaffnet, wodurch sie angesichts der eskalierenden Gewalt schutzlos sind.

Wiederkehrende Muster der Straflosigkeit und Ablenkung als Leitprinzip der Regierungsführung

Diese Vorfälle unterstreichen das allgemeine Klima der Straflosigkeit und Angst, in welchem die religiösen Minderheiten ihr tägliches Leben bestreiten müssen. Das Muster der Gewalt in Syrien offenbart eine systematische Kampagne gegen religiöse und ethnische Minderheiten. Diese Angriffe – sei es gegen Alawiten, Christen, Drusen und zuletzt kurdische Gemeinschaften – sollten nicht als Einzelfälle betrachtet werden. Sie werden von Akteuren angestiftet und ermöglicht, die der vorherrschenden Regierungsideologie nahestehen, und in bestimmten Fällen direkt von staatlichen Kräften unterstützt.

Regierungsstellen haben wiederholt eine doppelte Rolle gespielt: Sie haben nicht nur Gräueltaten ermöglicht, sondern auch aktiv die Rechenschaftspflicht behindert. Beweise werden routinemäßig vernichtet, Augenzeugen durch Einschüchterung zum Schweigen gebracht und ganze Stadtteile mit Vernichtung bedroht, sollten sie von der staatlich vorgegebenen Darstellung abweichen. In vielen Regionen liegt die Macht nun bei lokalen Emiren, die uneingeschränkte Autorität über Leben und Tod ausüben. Diese Behörden agieren ohne Aufsicht, und ihre Handlungen werden durch einen Sicherheitsapparat geschützt, der selbst in die Missbräuche verwickelt ist.

Der vom Regime verwendete Begriff „allgemeine Sicherheit“ hat nichts mit dem Schutz zu tun, wie er im Völkerrecht oder in demokratischen Regierungsformen verstanden wird. Stattdessen dient er als Mechanismus der Unterdrückung, insbesondere gegen religiöse Minderheiten. Im Zentrum dieser Verschlechterung steht der Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit.

Professionell ausgebildete Anwälte und Richter wurden entlassen, inhaftiert oder ins Exil gezwungen. An ihrer Stelle konzentriert sich die Macht in den Händen von Akteuren, die eine radikalisierte Auslegung der Scharia durchsetzen, ohne gerichtliche Kontrolle und ohne Rechtsmittel für die Opfer. Dieses Rechtsvakuum hat Straflosigkeit ermöglicht und die Täter ermutigt. Es hat genau die Strukturen zerstört, die schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen hätten schützen oder Aggressoren zur Rechenschaft ziehen können.

Das Bild des neuen Syrien: al-Sharaas herabwürdigende Kommentare zu den Massakern an religiösen Minderheiten

Um besser zu verstehen, wie Einheit und Uneinigkeit in Syrien nicht nur durch Taten, sondern auch durch Worte hervorgerufen werden und sich manifestieren, ist es wichtig, die Rhetorik zu erkennen, mit der das neue Bild Syriens gestaltet wird.

Am 8. März, nach den Massakern in Latakya, Jableh und Baniyas, äußerte al-Sharaa die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben – ein Appell, der von seinen Anhängern und Kämpfern gefeiert wurde. Seine Botschaft richtete sich jedoch wahrscheinlich an rivalisierende Fraktionen innerhalb seiner eigenen Reihen und nicht an eine Versöhnung mit den Alawiten, die er kürzlich – und wiederholt – als Krebsgeschwür oder Krankheit bezeichnet hatte, die für die Genesung der Nation entfernt werden müsse.

Während des Massakers vom 22. Juni in der Mar-Elias-Kirche in Damaskus wurden Christen, die wegen ihrer Weigerung, zum Islam zu konvertieren, getötet wurden, als Opfer dargestellt – aber nicht als Märtyrer. In al-Sharaas Vision des Islam ist das Martyrium denen vorbehalten, die für den wahren Glauben sterben. Dies schließt Christen demnach aus. Es bestand keine Notwendigkeit, Christen als Märtyrer zu betrauern, wenn der Islam dies nicht so konzipiert, aber eine Geste wäre willkommen gewesen und für die zutiefst verstörte griechisch-orthodoxe Gemeinschaft dringend notwendig gewesen. Der versprochene nationale Trauertag fand nie statt, wahrscheinlich absichtlich: Al-Sharaa sprach weder öffentlich sein Beileid aus, noch besuchte er die Opfer und ihre Familien oder den Ort des Anschlags, wie es viele Staatsmänner als symbolische Geste der Heilung, Fürsorge und des Mitgefühls tun würden.

Nach den Anschlägen in der Provinz Suweida erklärte al-Sharaa, dass diejenigen, die Befehle missachtet hätten, zur Rechenschaft gezogen würden. Er präzisierte jedoch nie, um welche Befehle es sich handelte – und auch nicht, welche Konsequenzen dies haben würde. Die wahre Absicht der Operationen wurde durch unbeabsichtigte Enthüllungen deutlich. Unterdessen wurden militante Fraktionen in das Militär integriert, wie Augenzeugen bestätigten. Die einzige Veränderung bestand in ihren Uniformen und einer engeren Koordination; ihre Handlungen spiegelten dieselben Gräueltaten wider, die zuvor in den Küstenregionen begangen worden waren.

Um die Realität zu begreifen, die ich so wahrheitsgetreu wie möglich dargestellt habe, nehmen Sie al-Sharaa beim Wort und stellen Sie sich dann das zynischste und genau entgegengesetzte Gegenteil davon vor. Alle heute hier vorgelegten Beweise zeigen, dass Täuschung im Mittelpunkt der Gestaltung und Darstellung des neuen Bildes Syriens gegenüber der Außenwelt steht. Das Regierungssystem, das strategisch Verantwortung ablenkt, indem es behauptet, dass die Vergangenheit nicht anhand der Gegenwart und die Gegenwart nicht anhand der

Vergangenheit gemessen werden kann, setzt das Leitprinzip von Al-Qaida auf der politischen Weltbühne um.

Daher fordern die Überlebenden und Opfer dieser Gräueltaten die internationale Gemeinschaft auf, hinter die leeren Worte zu blicken und die Fakten sorgfältig und genau zu prüfen. Wahrheit und Gerechtigkeit kommen erst dann zum Vorschein, wenn irreführende Darstellungen als das entlarvt werden, was sie sind.

Fazit oder ein Weg nach vorn

Wenn wir ernsthaft eine Zukunft für alle in Syrien anstreben – und nicht ein Syrien, das durch die ideologischen Rahmenbedingungen von Persönlichkeiten wie al-Jolani definiert oder eingeschränkt ist –, müssen wir die Kategorien, anhand derer wir die Gegenwart beurteilen, rigoros hinterfragen. Die bestehenden Rahmenbedingungen und analytischen Blickwinkel bergen die Gefahr, dass sie ausgrenzende Narrative reproduzieren. Ein inklusiveres und genaueres Verständnis erfordert, dass wir die in unserem Diskurs verankerten Annahmen überdenken.

IDHRV-ARMIL steht eindeutig auf der Seite der Opfer – jener alawitischen, christlichen und drusischen Männer, Frauen und Kinder, deren Leben durch Massaker, Entführungen und systematische Auslöschung zerstört und bedroht wurde. Daher fordern wir das Europäische Parlament auf, jetzt entschlossen und entschieden zu handeln, indem es die Stimmen der Überlebenden verstärkt, alle ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel und rechtlichen Maßnahmen einsetzt und auf inklusiven Verfassungsprozessen der Übergangsgerechtigkeit besteht, wie sie im Völkerrecht definiert sind.

Die Frage nach Menschlichkeit und Würde darf nicht auf eine zukünftige Versöhnung verschoben werden. Sie muss jetzt beantwortet werden – mit Rechenschaftspflicht, Schutz und internationaler Solidarität. Die wichtigste Lehre, die Syrien aus der Assad-Ära ziehen kann, ist klar: Ohne echte verfassungsmäßige Gleichheit für alle Bürger – Minderheiten wie Mehrheiten – kann es weder seine Grenzen schützen noch seine Ressourcen kontrollieren.

Ein stabiles, inklusives Syrien hängt vom Schutz der Minderheiten und der Gewährleistung ihres friedlichen Zusammenlebens ab. Dies ist für Kurden und sunnitische Muslime ebenso entscheidend, auch wenn sie sich derzeit sicher fühlen. Jedes Machtungleichgewicht mag derzeit vorteilhaft erscheinen, birgt jedoch die Gefahr, dass externe Kräfte mit aggressiven regionalen Agenden gestärkt werden.

Auch wenn eine gleichberechtigte Vertretung in einer syrischen Verfassungsgebenden Versammlung nach wie vor ein fernes Ideal ist, ist sie doch eine dringende Notwendigkeit für jede dauerhafte Ordnung, die auf demokratischer Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten

basiert. Die Geschichte Syriens – wo einst eine sunnitische Minderheit die Mehrheit dominierte – zeigt, dass die Herrschaft der Mehrheit allein weder Frieden noch Stabilität bringen kann. Um ein ausgewogenes inneres Gleichgewicht zu fördern, muss die EU die Rückkehr vertriebener Syrer als strategische Sicherheitsinvestition betrachten und entsprechend Mittel mobilisieren.

Ist ein vereintes Syrien möglich? Vielleicht, und wir hoffen es sehr. Aber im Moment mag dies für die Opfer und Überlebenden, mit denen ich gesprochen habe, weit hergeholt und eher illusorisch klingen. Für sie bedeutet Einheit unter dem derzeitigen Regime weiterhin Unterdrückung, Erpressung und Auslöschung. Wenn sie die Mittel hätten, würden sie das Land verlassen. Es wäre ein Syrien ohne sie. Was bleibt, sind Erschöpfung, Trauma und ein System, an das sie nicht mehr glauben können. Dies ist kein Syrien für alle. Es ist ein Syrien für die Bewaffneten, die Verbündeten und die Aufsteigenden.

Was europäische Institutionen beitragen könnten:

Um weitere Massaker und die Verschlechterung der rechtlichen Möglichkeiten zur Verfolgung zu verhindern und eine neue Migrationswelle aus Syrien zu verhindern, ist es von entscheidender Bedeutung, dass europäische Institutionen:

- Unabhängige, bedingungslose und umfassende Untersuchungen aller Massaker und Enteignungen in der Vergangenheit und Gegenwart fordern;
- die von Überlebenden geleitete Dokumentation und rechtliche Verfolgung gemäß der Logik des Völkerrechts unterstützen;
- die diplomatische Anerkennung von der Wiederherstellung der Menschenrechte für alle syrischen Gemeinschaften und der Rechtsstaatlichkeit abhängig machen.

Aufgeschobene Gerechtigkeit ist verweigerter Gerechtigkeit. Schweigen angesichts solchen Leids ist eindeutige Mittäterschaft. Nur wenn die Stimmen der Opfer gehört werden, kann Gerechtigkeit hergestellt werden. Sie entscheiden, wo das Schweigen endet und die Gerechtigkeit beginnt.

Dr. Jens Kreinath

Direktor | IDHRV-ARMIL

Website: www.idhrv.org

Kontakt: jens.kreinath@idhrv.org

Das *Institut zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten in der Levante (IDHRV-ARMIL)* ist eine unabhängige und steuerbefreite gemeinnützige Organisation gemäß 26 U.S.C., Internal Revenue Code, § 501(c)(3), die am 24. Juli 2025 beim Staatssekretär von Kansas registriert und gegründet wurde.

Gerichtsstand: Wichita U.S. Courthouse für das Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Bundesstaat Kansas, 401 N Market St, Raum 204, Wichita, KS 67202, USA +1-316-315-4200.